Hauptamt

Datum: 2010-08-18

Informationsvorlage

Drucksachen-Nr.
I-5020/2010

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	08.09.2010
Hauptausschuss	14.09.2010
Stadtverordnetenversammlung	28.09.2010

Titel:

Fünftes Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes vom 15. Juli 2010

Erläuterung/Begründung:

Fünftes Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes vom 15. Juli 2010 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg I/10 Nr. 25, S.1f)

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Das Kindertagesstättengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 2004 (GVBl. I S. 384), das zuletzt durch das Gesetz vom 21. Juni 2007 (GVBl. I S. 110) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1.

In § 10 Absatz 1 Satz 2 und 3 wird jeweils das Wort „sieben“ durch das Wort „sechs“ und die Angabe „13“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.¹

2.

§ 16 wird wie folgt geändert:

Absatz 2 Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe gewährt dem Träger der Kindertagesstätte einen Zuschuss zu den Kosten des notwendigen pädagogischen Personals der Einrichtung, das zur Erfüllung der Verpflichtungen gemäß § 1 erforderlich ist. Der Zuschuss beträgt 86,3 Prozent dieser Kosten für jedes betreute Kind im Alter bis zum vollendeten dritten Lebensjahr, 85,2 Prozent dieser Kosten für jedes betreute Kind vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung

¹ Unterstreichungen im Gesetzestext von K.-U.Seifert

und 84 Prozent dieser Kosten für jedes betreute Kind im Grundschulalter.“

Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Das Land beteiligt sich an den Kosten der Kindertagesbetreuung durch einen zweckgebundenen Zuschuss an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Im Jahr 2010 stellt das Land den Betrag von 153 591 100 Euro zweckgebunden zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung zur Verfügung. Für die Verteilung dieses Betrages werden die Zahlen der Kinder im Alter bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres gemäß der amtlichen Statistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zum Stichtag 31. Dezember des jeweils vorletzten Jahres angesetzt. Zusätzlich stellt das Land im Jahr 2010 zweckgebunden 4 351 000 Euro zum Ausgleich der Aufgaben gemäß § 1 Absatz 2 Satz 3² und § 3 Absatz 1 Satz 6³ und 7⁴ zur Verfügung. Dieser Betrag wird hälftig verteilt nach der Zahl der Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr gemäß der amtlichen Statistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zum Stichtag 31. Dezember des jeweils vorletzten Jahres sowie der Zahl der vom öffentlichen Gesundheitsdienst im Rahmen der Untersuchungen zur Schulfähigkeit ausgewiesenen Kinder mit niedrigem Sozialstatus des jeweils letzten Jahres. Die Landeszuschüsse werden im Zwei-Jahres-Rhythmus, erstmalig im Jahr 2011, der Kinderzahl und der Personalkostenentwicklung sowie dem Umfang des Tagesbetreuungsangebotes angepasst. Für die Landeszuschüsse der Jahre 2011 und 2012 wird der Betrag von 36 132 600 Euro nicht der Kinderzahl und der Personalkostenentwicklung sowie dem Umfang des Tagesbetreuungsangebotes angepasst. Dem Land ist die zweckgemäße Verwendung der Mittel durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe nachzuweisen.“

Artikel 2

Bekanntmachungserlaubnis

Das für Jugend zuständige Mitglied der Landesregierung kann den Wortlaut des Kindertagesstättengesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil I bekannt machen.

Artikel 3

Inkrafttreten

² Seite: 2

Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr sollen auch nach Wegfall der Anspruchsvoraussetzungen im Umfang der Mindestbetreuungszeit weiter betreut werden. (sog. Bestandsschutz)

³ Die Kindertagesstätten sind berechtigt und verpflichtet, bei den von ihnen betreuten Kindern im letzten Jahr vor der Einschulung den Sprachstand festzustellen und, soweit erforderlich, Sprachförderkurse durchzuführen.

⁴ Einrichtungen in freier Trägerschaft können diese Aufgabe auch für Kinder durchführen, die in keinem Betreuungsverhältnis zu einer Kindertageseinrichtung stehen; kommunale Einrichtungen sind hierzu verpflichtet.

Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 2010 in Kraft.

Potsdam, den 15. Juli 2010

Der Präsident des Landtages Brandenburg
Gunter Fritsch

I. Gesetzesfolgenabschätzung für die Stadt Luckenwalde

Für die Stadt Luckenwalde lassen sich die Folgen des Art 1 des Fünften Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes vom 15. Juli 2010 in drei Punkten zusammenfassen:

1. Der Personalschlüssel für zu betreuende Kinder im Vorschulalter wird verbessert. Dies bedeutet einen zusätzlichen Personalbedarf in der Stadt Luckenwalde von 4 bis 5 Stellen.
2. Der Personalkostenzuschuss des Landes gemäß § 16 Abs. 2 BbgKitaG betrug bisher 84 % der Kosten des notwendigen pädagogischen Personals. Er wird nun wie folgt differenziert: 86,3 Prozent dieser Kosten für jedes betreute Kind im Alter bis zum vollendeten dritten Lebensjahr, 85,2 Prozent dieser Kosten für jedes betreute Kind vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung und 84 Prozent dieser Kosten für jedes betreute Kind im Grundschulalter.

Entsprechend der Gesetzesbegründung soll damit der Zuschussbedarf der Gemeinden gleich gehalten werden. Die Gemeinden tragen gemäß § 16 Abs. 3 BbgKitaG das bei wirtschaftlicher Betriebsführung nicht vermeidbare Defizit einer Kindertagesstätte. Durch den geänderten Personalschlüssel ist hier ein steigenden Aufwand bei der Stadt zu erwarten. Der zuständige Dezernent des Landkreises, Herr Bührendt, hat die Bürgermeisterin darüber informiert, dass der Landkreis Teltow-Fläming vom Land in 2010 voraussichtlich einen zusätzlichen Beitrag in Höhe von 623.319,20 € für das IV. Quartal erhält. Über die Verteilung der Mittel wird derzeit noch beim Landkreis beraten. Im Laufe des Septembers sollen die Bürgermeister über den Verteilungsschlüssel informiert werden. Vermutlich wird eine Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Durchführung der Aufgaben nach § 12 Abs. 1 des Kindertagesstättengesetzes (KitaG) notwendig werden. Wie oben beschrieben werden ab dem 01.10.2010 die prozentualen Zuschüsse nach Altersgruppen differenziert. Bisher wurde ein Pauschalbetrag für alle Altersgruppe veranschlagt. Es wird also abzuwarten sein, ob tatsächlich der gesamte Mehraufwand der Stadt im IV. Quartal durch die erhöhte Zuwendung des Landkreises kompensiert wird.

3. Das Gesetz tritt zum 01.10.2010 in Kraft. Die Stadt muss für das IV. Quartal von höheren Aufwendungen im Produkt 36500 ausgehen.

Nach derzeitigem Kenntnisstand haben die Träger das ab dem 01.10.2010 zusätzlich benötigte Personal eingestellt. Grob überschlägig ergeben sich hieraus für die Stadt in 2010 ca. 50.000 € Mehraufwendungen aus Personalkostenzuschuss und Defizitausgleich..

II. Weitere Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen im Produkt 36500 „Tageseinrichtungen für Kinder“

Die Träger haben für 2011 eine Aktualisierung der Pauschalen im Rahmen der Verträge zum Defizitausgleich gefordert. Ende September wird die Verwaltung mit den Trägern entsprechende Verhandlungen aufnehmen.

In 2011 ist weiterhin mit der Umsetzung der Grundsätze des Jugendhilfeausschusses zur Gestaltung der Elternbeiträge zu rechnen. Nach bisherigen Schätzungen ergibt sich hieraus eine Minderung der Einnahmen bei den Trägern um ca. 10 %, die durch einen erhöhte Zuwendung durch die Stadt auszugleichen wäre.

Unter Vorlagennummer: 3-1311/08-II beschloss der Jugendhilfeausschuss des Landkreises Teltow-Fläming auf seiner Sitzung am 14.05.2008 die "Grundsätze über die Höhe und Staffelung der Elternbeiträge". Erneut wurde eine Stufentabelle vorgelegt und insbesondere ein vom Alter unabhängiges Entgelt gefordert. Bisher waren alle Träger davon ausgegangen, dass der jeweilige Personalschlüssel sich auch in der Kalkulation der Elternbeiträge widerspiegeln müsse.

Insbesondere die Gemeinde Großbeeren hat mit Unterstützung des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg versucht, diese Regelung zu kippen. Die Umsetzung der „Grundsätze“ in die Entgeltordnungen der Träger war ursprünglich bis Ende 2009 vorgesehen und wurde aufgrund vielfacher Proteste der Gemeinden auf den 30.06.2010 verlegt. Diese Beschlusslage wurde dann aufgehoben, um die Grundsätze nochmals zu überarbeiten. Sie sollen nun im IV. Quartal 2010 dem Jugendhilfeausschuss erneut vorgelegt werden.

Über die laufende Diskussion wurde der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport informiert. In 2009 wurde eine überschlägige Berechnung der zu erwartenden Mindereinnahmen durchgeführt. Anhand des von den Trägern zur Verfügung gestellten Materials ergab sich eine prognostizierte Verringerung der Betreuungsentgelte um ca. 10 %. Durch die Änderung des KitaG und die daraus resultierenden Änderungen der Finanzierung hat diese Berechnung jedoch nur noch begrenzte Aussagekraft.

Zwei weitere Kostenfaktoren sollten für die Jahre 2011 folgende geklärt werden. Einerseits wurden bisher die Sprachstandsfeststellungen nur pauschal finanziert und an die Träger weitergeleitet. Es fehlt bisher an einer Berechnung der tatsächlichen Kosten. Da nun auch für diese Aufwendungen eine zusätzliche Finanzierung durch das Land beschlossen wurde, wird nach meiner Einschätzung auch hier eine entsprechende Forderung von der Trägern zu erwarten sein. Andererseits wurde nach dem Abzug des geförderten Personals aus den Essenausgaben hierfür noch keine für alle Träger gültige Regelung gefunden. Ab dem Schuljahr 2010/11 gibt es nun eine klare Trennung zwischen Schulspeisung und Versorgung in Kindertagesstätten. Es sollte deshalb auch hier möglich sein, eine pauschalisierte Finanzierung mit den Trägern auszuhandeln.

Für das Jahr 2011 ist die Planung des Produktes 36500 „Tageseinrichtungen für Kinder“ deshalb mit erheblichen Risiken verbunden. Verlässliche Rahmendaten sind frühestens für das IV. Quartal des Jahres zu erwarten.

Klaus-Ulrich Seifert
Hauptamtsleiter

Bürgermeisterin

Amtsleiter/in

Anlagen:

keine